

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktion: Durch außer dem
bei 100 Sonnenschein 120 Mark,
Beförderungen nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen der Postämter
entgegen. — Erhalten werden
Sonderdruck-Anträge Nr. 28.
Telegraphische Anzeigen.
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Verlagsanstalt: Die Auer-Verlagsanstalt
Verlag für Aue und
umgeben 20.00 Mark, auswärts
Anzeigen 25.00 Mark, Restlos-Verlag
210.00 Mark. Bei anderen Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.
Postfach-Nr. 1000

Nr. 277

Mittwoch, den 29. November 1922

17. Jahrgang

Die französische Aktivität.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Meldungen aus Paris haben am Dienstag an der Berliner Börse den Dollar bis hart an die 9000-Markgrenze emporgetrieben. Das ist wenig verwunderlich, denn die Aktivität der französischen Politik, die sich in der morgigen Sitzung im Elysee mit so großer Energie angekündigt hat, muß auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen neuen außerordentlich schweren Druck legen. Auch wenn man dabei nicht übersieht, daß die Besprechungen, die jetzt in Paris stattfinden, nur eine mittelbare Vorbereitung besonderer französischer Maßnahmen sind, darf man doch keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß es sich bei diesen Vorbereitungen nicht um die Wäsche eines Wäschers am Stinckel auf die bevorstehende Brüsseler Konferenz handelt sondern daß es der französischen Regierung mit ihrem neuen Aktionsprogramm durch- aus ernst ist.

Die Stimmung in Frankreich ist durch die verschiedenen von außen kommenden Eindrücke sehr stark erregt und verbittert. Die Haltung Italiens, das unter Mussolini auf eine ganz neue Bahn getrieben wird, ist durchaus geeignet, auch die französischen Reparationsansprüche zu verschärfen, denn die Art, wie Mussolini das Unrecht Italiens auf Reparationsleistungen auszubehnen strebt, muß in Paris böhmisch wirken. Das man dort nun erst recht auf seinen Schien bestrebt. Auf der anderen Seite ist man über die Haltung Englands, das sich nach wie vor bemüht, äußerlich korrekt zu erscheinen, in Frankreich zwar äußerlich verstimmt, weit aber im Grunde doch wohl genau genug, daß die englische Politik hinlängliche Gründe hat, Frankreich in seiner Reparationspolitik zum mindesten passiv zu unterstützen.

Was Belgien angeht, so waren die Besprechungen, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der belgischen Regierung in Paris stattgefunden haben, deshalb für Frankreich nicht befriedigend, weil die belgischen Minister sich nicht entschließen konnten, den weitgehenden Wünschen der französischen Regierung vollständig zuzustimmen. Die Erfahrung veranlaßt die Leiter der französischen Politik scheinbar zu gewissen Rückschlüssen über die Bereitwilligkeit der anderen Verbündeten, ihnen aktiv auf der Bahn zu folgen, die sie gehen wollen, und aus diesem Grunde treffen sie alle erforderlichen Vorbereitungen für eine französische Sonderaktion, zu der sie sich im Falle einer Forderung der interalliierten Solidarität berechnen können. Das ist damit die grundlegende Voraussetzung des Versailles-Vertrages umstossen werden, scheint für sie eine Frage zweiter Ordnung zu sein.

Die französische Sonderaktion ist gedacht für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz nicht zustande kommen oder nicht das Ergebnis haben sollte, das man in Paris von ihr erwartet. Bedenken in dieser Richtung bestehen, wie jeder Beobachter der internationalen Zusammenhänge in letzter Zeit erkennen konnte, aus den verschiedensten Ursachen; es ist vom französischen Standpunkt aus verständlich, daß man in der öffentlichen Diskussion sich darauf beschränkt, Deutschland als den Schuldigen schon im voraus anzuschuldigen. Es wird behauptet, die neue Regierung und der Reichstag seien sich darin einig, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen solle, und es werden besonders schwere Vorwürfe gegen die deutsche Industrie erhoben. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, ein kurzes Wort zu sagen zu den Verlautbarungen über verschiedene Unterredungen, die der französische Vorsitzende der Reparationskommission Barthou bei seinem Berliner Aufenthalt mit Vertretern der deutschen Industrie gehabt hat und die in der französischen Presse jetzt in einer Weise wiedergegeben werden, die offenbar ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht ganz entspricht.

Die Dinge haben doch jedenfalls so gelegen, daß Herr Barthou gewisse Fragen stellte und seine Gedankengänge entwickelte, nicht aber so, daß die Meinungen von den deutschen Industriellen verbindende Zusicherungen gegeben worden wären. Im äußersten Falle dürfte von deutscher Seite die prinzipielle Bereitschaft bekundet worden sein, unter bestimmten Voraussetzungen diese oder jene Mittel und Wege zu versuchen. Auch den angedrohten Druck neuer Sanktionen, durch die Diffusion in den ganzen Weltmarkt und des baldigen westlichen Industriegebietes werden ganz gewiß die Voraussetzungen für derartige deutsche Aktionen nicht geschaffen werden; es wird weder die Entlassung Deutschlands von unentgeltlichem Druck noch die Weigerung der industriellen Welt, nach auch — was man in Paris ebenfalls zu erwarten scheint — die Forderung der deutschen Arbeiterklasse durch in einzig richtiger Weise behandelt werden, von der man sich in Frankreich seinen Vorhaben kann.

Alle die in den Pariser Konferenzen in Erwägung gezogenen Zwangsmaßnahmen setzen sich — immer vom französischen Standpunkt betrachtet — auf dem Papier sehr einfach und sehr zwingend an. Der praktische Durchführung würden sie so außerordentliche Widerstände finden, daß der erwartete Effekt zunichte werden muß. Eine derartige gewaltsame Okkupation bringt alles weniger als „produktive Schäden“; denn sie legt sich lähmend auf die Produktionsstätten, auf den Produktionsgang und auf die produzierenden Kräfte. Gerade jetzt haben die Bergarbeiter angekündigt, daß sie keine Ueberhöhen mehr leisten wollen, wenn diese nur zur Schaffung von Reparationsmitteln dienen sollen; glaubt man in Paris, sie unter dem Druck der Bajonette zu erhöhter Leistung zwingen zu können, und wie stellt sich die französische Arbeiterschaft zu einem solchen Gebot?

Man darf bei der Betrachtung der Dinge, die sich jetzt in Paris entwickeln, nicht übersehen, daß, allen Alarmmeldungen zum Trotz, dabei nicht an eine sofortige Aktion gedacht, daß die Bedrohung also noch keine unmittelbare, sondern erst eine mittelbare für Deutschland ist. Das ändert aber nicht das Uebelste an dem Ernst dieser Bedrohung. Ihr gegenüber bleibt Deutschland völlig auf sich gestellt, denn jede Hoffnung auf eine auch nur halbseitige Hilfe von ausländischer Seite würde zu einer bitteren Enttäuschung werden.

Französische Drohungen.

In der letzten öffentlichen Note droht Frankreich mit 1. einer vollständigen Beschlagnahme der Weizenlande, die namentlich in der Erzeugung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnten, 2. einer Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes, einschließlich Essen und Bochum, wobei die Frankreich von Deutschland auf Reparationskonto zu leistenden Kapfen und der für die französische Industrie erforderliche Hüttenkoks gesichert würden.

Die französischen Bettungen, die sich in dieser Frage hinter die Regierung stellen, erklären, daß die Enttäuschung über die Erklärungen der neuen Reichsregierung und die Haltung der deutschen Großindustrie auf französischer Seite die Herstellung einer Art von Einheitsfront in der Reparationspolitik erleichtert habe. Die Enttäuschung über die Haltung der Verbündeten sei gleichfalls groß und habe die Auffassung befestigt, daß eine Sonderaktion Frankreichs notwendig werden könnte. Man habe es jetzt nicht mit einem Blick zur Würdigung des Druckes auf die Verbündeten oder auf die deutsche Großindustrie zu tun. Es sei möglich, daß die deutsche Großindustrie (!) im letzten Augenblicke noch eine andere Haltung ernehme, um die folgenschweren Konsequenzen ihrer Unnachgiebigkeit zu verhindern.

Außerdem itogen an Berliner maßgebender Stelle Informationen vor, nach denen die Reparationskommission augenblicklich scharfe Garantieforderungen anreibe, die vor allem Garantien von der deutschen Landwirtschaft, den deutschen Banken und der deutschen Industrie fordern. Auch innerhalb der Reparationskommission soll eine Erwägung dahin gehen, den französischen Wünschen nachzukommen und das Ruhrgebiet von England, Frankreich und Italien gemeinsam als Pfand besetzen zu lassen.

Sonar Law zu den französischen Drohungen.

Sonar Law, der nach einer Meldung der Agence Havas aus London die Aufforderung Poincares zu einer der Brüsseler Konferenz vorangehenden Begegnung scharf ablehnen wird, hat auf eine Anfrage in der gestrigen Unterhausung erklärt, daß kein Abkommen England verpflichte, seine Truppen am Rheine zu belassen und eine Politik der Verbündeten zu begünstigen, die die Besetzung deutschen Gebietes vorsehe.

Auf eine weitere Anfrage, ob Poincare und Barthou gedeten hätten, die Frage der interalliierten Soldaten auf das Dausanner Programm zu setzen, hat Sonar Law geantwortet, daß dies zwar den Tatsachen entsprechen würde, daß aber die englische Regierung volle Freiheit habe, diese Frage von allen Gesichtspunkten aus zu untersuchen.

Sonar Law's Antwort ist alles andere als eine klare und entscheidende Abgabe an Frankreich. Es wird nur das Bestehen eines festen Abkommens bestritten. Was man in der Antwort Sonar Law's vermisst, ist die bekannte Erklärung, daß England eine Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes nicht zulassen würde.

Die Agence Havas berichtet über die Sitzung im Elysee eine Erklärung, in der es heißt, sie würde zu wirken, daß die Regierung einen Kommissar entsende, den Poincares einen englischen, italienischen und belgi-

schen Kollegen wahrscheinlich im Laufe der Vorbereitungen der Brüsseler Konferenz zur Ratifikation vorlegen werde. Die französische Regierung werde gemäß der bei der letzten Reparationskonferenz von Poincare aufgestellten Ziele gewiß nicht eine auch nur teilweise Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zulassen.

Deutsche Proteststimmen.

Der Sozialistengesetzler: Was will Poincare? Er will im Namen des Rechts den Friedensvertrag von Versailles auf rückwärtslose Weise brechen. Für uns kann es nichts anderes geben, als daß wir überall in der Welt darauf aufmerksam machen, welche schamlose Bergabgabe unter den fabelhaftesten Formen des Rechts begangen werden soll, daß Frankreich unter Poincare die Stunde für gekommen glaubt, seinen machtpolitischen Traum von der Rheingrenze und der Herrschaft über Deutschland, sowie seiner wirtschaftlichen Verklammerung in die Tat umsetzen zu können. Germania betont, daß es der französischen Reparationspolitik viel mehr auf die Herrschaft der politischen Welt und der letzten wirtschaftlichen Macht als auf den Wiederwiedergang der zerstörten Gebiete ankommt. Der Vorwärts hebt hervor: In Frankreich gibt man sich hoffentlich keiner Täuschung darüber hin, mit welchen Gefühlen gerade auch die deutsche Arbeiterschaft die auf den letzten Mann und die letzte Frau der gegenwärtigen Politik Frankreichs gegenübersteht. Es immer vor har deutschen gegenwärtigen Regierung stehen, es wird ein hohes Spiel gespielt, und wir haben den Wunsch, daß Poincare es verliert. — Aus Wien wird unterm 29. November gemeldet: Die neuen Drohungen Frankreichs gegen Deutschland beschäftigen die Wälder in hohem Maße, die einstimmig diese endlose Kriegsscheue verurteilen, bei der es Frankreich weniger auf die Reparationsleistungen als auf Durchführung seiner traditionellen Rheinlandpolitik ankommt.

Berichtigung der Politik Wirths durch die neue Regierung.

Am Montag vormittag ist in Paris eine Note übergeben worden, in der die Reichsregierung der Reparationskommission mitteilt, daß sie sich auf den Standpunkt der Note vom 13. November stellt.

Selbstamtlich wird dazu mitgeteilt: Der Vorsitzende der deutschen Kriegskostenkommission in Paris Staatssekretär Fischer hat auf Anweisung der deutschen Regierung am Montag nachmittag der Reparationskommission offiziell mitgeteilt, daß die neue Regierung, entsprechend der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, am 24. November ohne Einschränkung auf den Boden der Note vom 13. November tritt und jetzt entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zu vertreten und zur Ausführung zu bringen. Sie hat damit unter Hinweis auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, die Witte verbunden, den in der Note vom 13. November gestellten Forderungen mit möglichster Beschleunigung nachzugeben.

Clemenceaus „Erfolg“.

Clemenceaus Tätigkeit in den Vereinigten Staaten, Frankreich gegen den Vorwurf des Imperialismus und Militarismus zu verteidigen und Deutschland bei den Amerikanern anzuschwärzen, ergab den etwas zweifelhaften Erfolg, daß der amerikanische Senat energisch protestierte. In der Tat ist dieser Sturm durchaus verständlich, wenn man daran denkt, daß ein Teil der Rede Clemenceaus in Vorwürfen gegen Amerika, insbesondere gegen Wilson, bestand.

Wir Deutschen haben keinen Anlaß, gerade Wilson besondere Sympathien entgegenzubringen, aber es ist sicherlich kein besonderes Zeichen von Läst, in einem Lande, dessen Gastfreundschaft man genießt, den ehemaligen Präsidenten anzugreifen. Und so erklärt es sich, daß der französische Sendbote, der die Sympathien der Amerikaner für Frankreich zurückzugewinnen sich müht, viel eher Gefahr läuft, Propaganda für Deutschland zu machen. Jedenfalls hat er im amerikanischen Senat durch seine erste Rede eine Reparationsdebatte hervorgerufen, die den französischen Ohren nicht eben wie Musik klingen mag.

Senatspräsident erklärte, daß Frankreich keinen ungeeigneteren Vertreter hätte entsenden können, als Clemenceau. Solange die französische Politik gegen Deutschland die bisherige bleibe, ständen einem Zusammenarbeiten von Amerika und Frankreich unüberwindliche Hindernisse entgegen. Deutschland werde, ganz besonders auch durch die schwarzen Truppen am Rhein unnötig aufgereizt und zum Kriege getrieben. Wir können unsere moralische Unterstützung nicht einer Nation geben, die eine Politik des Imperialismus und der Eroberung betreibt.

Die Russen und Lausanne.

Auf die Note der russischen Delegation an den Präsidenten der Konferenz, die eine ausschließlichere Wiederholung des Beweises vor einigen Wochen an die Konferenz geschickten Gefandens beinhalten, werden die eingeladenen Mächte antworten, daß die russische Delegation

In jeder Sache, die russische Interessen berührt (vor allem Meerengänge), eingelassen werden soll. Die anderen Fragen sollen dagegen in Abwesenheit der russischen Delegation behandelt werden.

Das stellt zwar ein unabweisbares Entgegenkommen auf die russische Forderung dar, entspricht ihr aber nicht. Praktisch würde die russische Delegation wahrnehmlich zu fast allen wichtigeren Verhandlungen zugezogen werden, aber sie bliebe doch z. B. von dem endgültigen Abschluß des griechisch-türkischen Friedensvertrages ausgeschlossen. Da nun Stawinski ausdrücklich erklärt hat, daß auch die Fragen von Karagatsch und Debeagatsch Fragen seien, die eng mit der Meerengänge zusammenhängen, so ist man gespannt, wie die russische Delegation die Antwort aufnehmen wird. Man sagt hier in russischen Kreisen, daß Tschicherin in Berlin die Verantwortung der Note abwartet und nur dann nach Konstantinopel kommen wird, wenn sie befriedigend ausfällt.

Vorstehende amerikanische Erklärung.

Die Washingtoner Regierung nimmt immer mehr aktiven Anteil an der Bauhauser Konferenz. Der amerikanische Botschafter Child wird, wie von amerikanischer Seite mitgeteilt wird, nach vor der offiziellen Behandlung der Meerengänge eine Erklärung der amerikanischen Regierung abgeben, in der er die Ansichten des amerikanischen Staatsdepartements über die Regelung der Darbanellefrage bekanntgeben wird.

Bonar Law gegen Eingreifen des Völkerbundes.

Montag nachmittag hat Bonar Law im Unterhaus erklärt, daß es völlig unnötig sei, daß der Völkerbund in die türkische Frage in irgendeiner Weise eingreift. In Beantwortung einer Anfrage eines Abgeordneten erklärte der Premierminister weiterhin, daß die Ausgaben in der Orientkrise, die für Marine-demonstrationen und militärische Maßnahmen gegen die Türken ausgeworfen worden seien, etwa 2 1/2 Millionen Pfund Sterling betragen, sodaß wahrscheinlich ein Zusatzkredit eingeholt werden müsse.

Städung in Lausanne.

Der Verlauf der Friedenskonferenz in Lausanne gestaltet sich immer unbefriedigender. Die Verhandlungen sind zur Zeit auf einige Tage ausgesetzt worden, da sowohl Lord Curzon wie Ahmet Rıza sich wegen neuer Instruktionen an ihre Regierungen gewandt haben. Auch die Russen werden ungeduldig, sie drohen mit ihrer Abreise, wenn sie nicht sofort mit voller Gleichberechtigung zu den Verhandlungen zugelassen werden.

Kleine politische Meldungen.

Verstärkte Unabhängigkeitsbestrebungen im Rheinland. Wie der Sozialistengeneral aus Köln berichtet, hat die Bewegung der Unabhängigen in der letzten Zeit an Bedeutung zugenommen. Grund für die Zunahme dieser Bewegung ist in der Ansicht vieler Rheinländer zu sehen, daß von Seiten der Reichsregierung auf bisher nicht genug für die Rheinländer geschehen ist. Die französischen Drangsalierungen haben außerdem gewisse weniger widerstandsfähigere Teile der Bevölkerung mürbe gemacht. Diese Leute erklären, daß die Rheinprovinz Handelsobjekt zwischen Frankreich und England geworden ist und daß das Reich hier mit verdrängten Armen aufstehe. Unter diesen Umständen ist einer in Bonn stattfindenden Generalversammlung der Unabhängigen besondere Bedeutung zuzuschreiben.

Finanznot der Gemeinden. Der deutsche Landtagspräsidenten beschloß sich mit der Finanznot der Gemeinden. Die Novelle zum Landessteuergesetz, die seit dem Reichstag zugegangen ist, wurde als keineswegs genügend bezeichnet. Die Finanznot der Gemeinden könne nur dadurch beseitigt werden, daß ihnen wie früher das Recht zugesprochen wird, Zuschläge zu den direkten Steuern zu erheben.

Irland-Gesetz. Das englische Unterhaus nahm das Gesetz über Irland in zweier Lesungen. Die Annahme

erfolgte einstimmig und ohne längere Debatten, da das Gesetz bis zum 6. Dezember, dem Tage, an dem das Reich der jetzigen Regierung automatisch abläuft, unter Dach sein mußte. Die endgültige Regelung wird allerdings den ersehnten Frieden noch nicht bringen, da der Zustand der irischen Republikaner noch keineswegs ausgebrannt ist.

Mussolini Triumpheher. Die neue Triumpfrede, die Mussolini im italienischen Senat gehalten hat, zeigt das ganze Machtbewußtsein dieses lächerlichen Knirpses. Er bekennt sich nicht nur offen zu der von ihm angeführten nationalen Revolution, sondern fingt ihr auch ein Loblied. Er rühmt seine eigene Führung, die ihr vor einem Mißbrauch seines Sieges bewahrt habe und damit vor der Errichtung der Diktatur. Wenn er, der künftig sein eigener Außen- und Innenminister bleiben will, sich gegen den „geschmacklosen Faschismus“ wendet, so wird er als Außenminister erst zu beweisen haben, wie weit er damit kommt. Deutschland erhält ja von Mussolinis Scharfmacherei immer wieder neue Proben durch seine wiederholten Erklärungen, Deutschland könne und müsse zahlen. Wenn der Senat ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen hat, so hat ihn dabei weniger die Ueberzeugung als die Schlotternde Angst vor dem Faschismus geleitet.

Inthronisation des neuen Kalifen. Prinz Abdul Mehmed der nach der Absetzung des Sultans Mehmed des Sechsten zum Kalifen ausgerufen wurde, ist jetzt in feierlicher Zeremonie inthronisiert worden.

Von Stadt und Land.

Nr. 29. November 1922

Beseitigung des sächsischen Ministeriums. Das Leipziger Schöffengericht verhandelt gegen einen Oberregierungssekretär Max Gröbe wegen Beseitigung des Gesamtministeriums. Es handelt sich um Äußerungen, die Gröbe zur Zeit des Volksbeschlusses in seinem Bureau gemacht hat. Es wurde Gröbe zur Last gelegt, daß er geduldet habe, wenn die Minister Ehrengelübe oder Charakter besäßen, dann wären sie von ihren Ämtern zurückzutreten, nachdem sie das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzen hätten; ferner die Minister seien unfähige Leute, die Enthaltungen des Ministers Lipinski über Geheimorganisationen seien ein Bluff der Arbeiterschaft gewesen und schließlich soll Gröbe in Bezug auf die Minister auch von parteipolitischen Dummheiten an der Futtertrübe gesprochen haben. Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 3000 Mark.

Eine öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Ratskörper. Am Donnerstag, den 30. November 1922 nachmittags 10 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal statt. Die Tagesordnung lautet: Wahl von 3 Vertretern der Elternschaft in den Schulausschuß.

Im Anschluß an die gemeinschaftliche Sitzung wird eine Stadtverordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Kenntnisnahme betr. Erhöhung der Verpflegungsbetragung. 2. Despl. der Verpflegung des Stadtfrankenhauses. 3. Erhöhung der Vergütung für den Arzt der Säuglingsfürsorge. 4. Erhöhung der Bezüge des Krankenhausarztes. 5. Despl. der städtischen Unterbringung für das Kinderheim Margarethenstraße. 6. Despl. der städtischen Beiträge für die Volkshochschule. 7. Despl. der Beiträge des Bezirkschornsteinregimeisters. 8. Bewilligung eines anteiligen Beitrags zur Unterbringung der Kleinenten. 9. Errichtung der Stelle einer Wohlfahrtspflegerin. 10. Begründung neuer Stellen an den Volks- und den Fortbildungsschulen. 11. Spende für die sächsische Rotkreuzsammlung „Brüder in Not“. 12. Beschaffung von Rahtischstühlen. 13. Nachbewilligung für Postambulanzunterstützungen.

Oeffentliche Lebensversicherungskasse der Spartakisten. Am 18. November 1922 fand unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Czerke und im Beisein der Herren Staatsvertreter Geh. Ministerialrat Dr. Wimmer und Geheimrat Dr. Wesler eine Sitzung des Vorstandes der Oeffentlichen Lebensversicherungskasse der Spartakisten im Freistaat Sachsen statt.

Aus dem Bericht des Direktors über die bisherige Entwicklung und den augenblicklichen Stand der Anstalt geht hervor, daß die Anstalt sich andauernd in erfreulicher Fortentwicklung befindet, daß der Antrag auf die erste halbe Million Mark überschritten hat und daß trotz der allgemein gestiegenen Kosten das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben so vorteilhaft ist, daß auch für das nun zu Ende gehende Geschäftsjahr 1922 mit einem nennenswerten Ueberschuß gerechnet werden darf. Aus der weiteren Tagesordnung ist hervorzu-

heben, daß eine Geschäftsplanänderung von weitestgehender Bedeutung beschlossen wurde, wonach in Zukunft Lebensversicherungen bis zum Höchstbetrage von 800 000 Mark für Erwachsene und Kinder ohne ärztliche Untersuchung angenommen werden und daß bei den Erwachsenen die Beiträge bei Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung für Versicherungssummen bis einschließlich 100 000 Mark in Wegfall kommt. Es ist zu erwarten, daß diese Geschäftsplanänderung der aufsteigenden Anstalt viele neue Freunde zuführen wird.

Neue Preisbestimmungen im Eisenbahnverkehr. Am 1. Dezember wird die Aufbewahrungsgeld für Handgüter auf 24 Mark für Tag und Nacht, die für Kraftfahräder auf 80 Mark erhöht. Für die Aufbewahrung von Fahrrädern für Inhaber von Zeitkarten werden künftig monatlich 140 Mark und wöchentlich 85 Mark erhoben. Fahrkarten kosten nunmehr 80 Mark. Nachtisparten und Nachtisparten 60 Mark. Die zum 1. Dezember d. J. einsetzende Gütertariffänderung bezieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst. Zur Schonung des Sprengstofftariffs wird ferner das Mindestgewicht von 10 auf 5 Kilogramm herabgesetzt. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die starken Karrierveränderungen der letzten Monate in einem Ueberschuß der ständigen Tarifkommission eine Verringerung der Gütertariffkategorien beraten worden, die die Verminderung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel, und die Ermäßigung der Stück- und Kilogrammfrachten bezweckt. Die Zeit der Inkrafttreten dieser Maßnahme, die noch mit Vertreterverbänden beraten wird, steht noch nicht fest.

Die Einstellung des Postschaffens zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland erfolgt nach einer Mitteilung der Regierungskommission des Saargebietes vom 1. Dezember ab. Zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland wird vom 1. Dezember ab der Postverkehr auf Postanweisungen und Wertbriefe beschränkt.

Eine große Fälschung. In den letzten Tagen sind gefälschte Schein-Gutscheine, auf 1000 Mark lautend, angehalten worden. Diese Fälschungen, etwa 18 1/2 x 10 Zentimeter groß und von weißem Papier, zeigen die Ueberschrift „Scheid-Gutschein“ in großer lateinischer Schrift und als Unterschrift die Bezeichnung „Sächsische Staatsbank, Filiale Chemnitz“. Eine Filiale Chemnitz der Sächsischen Staatsbank besteht aber überhaupt nicht. Alle bisher festgestellten umlaufenden Scheine tragen links oben gleichmäßig Nr. 10098. Die Fälschungen sind als solche sofort erkennlich, so daß sich die Geschäftswelt bei einiger Aufmerksamkeit vor Verlusten durch Annahme wertiger Fälschungen leicht schützen kann. Als Kuriosum dazu sei noch erwähnt, daß diese Scheine die Vorder- und die Rückseite einer Ausstellungsmesse in roter Farbe zeigen mit den Aufschriften „Gewerbe-Ausstellung“ und „Für hervorragende Leistungen“. Als eine hervorragende graphische Leistung können die Fälschungen also keineswegs bezeichnet werden.

St.-Verein Aus. Das Wunder des Schneeschuh, der berühmte Berg- und Sportfilm, hat in einem Teil eine glänzende Fortsetzung gefunden. Unter dem Titel: „Eine Frucht auf dem Stern Engadin“ ist der Film soeben erschienen und erzieht in den Apollo-Theatervorstellungen in Leipzig und Berlin großen Erfolg. In der Zeit vom 1. bis 8. Dezember wird der Film in öffentlichen und Sonderveranstaltungen für Schulen und Vereine gezeigt. Die Erstaufführung in Leipzig und Berlin lösten außerordentlich großen Beifall aus. Man betonte nicht minder die Tatkraft der Schauläufer als zugleich die herrlichen Naturaufnahmen, die in brillanten Bildern vordringen. Das so seltsame Erscheinen des Films in Aus ist dem Veranstalter besonders zu danken und dürfte in recht regem Besuch der Vorstellungen seine beste Anerkennung finden. Der St.-Verein Aus hat die ihm befreundeten Vereine Aus und Umgebung, sowie die Sektion Aus des D. u. Oe. Alpenvereins zum Besuche eingeladen.

Alle weitere besagen die Anzeigen der Veranstalter in diesem Blatte.

Methodische Missionswoche in Aus. Die Methodistische Kirche in Aus hat mit vorigem Sonntag eine Missionswoche eröffnet. Den Mittelpunkt des Abends bildete eine Ansprache mit dem Thema: „Die biblische Notwendigkeit für eine Christengemeinde, Mission zu treiben“. Der Redner, Missionar G. Wötcher, schilderte, wie wenig Interesse noch der Mission entgegengebracht wird. Er entwickelte Pläne, die zu Hebung der Missionsfrage beitragen können. Am Montag abend begannen die eigentlichen Vorträge. Der erste Thema behandelte die Schwierigkeiten der Missionsdienste, das vor einem gedrängt vollen Saal behandelt wurde. Am folgenden Tage wurden andere Bilder aus dem Missionsleben gezeichnet, wieder in der Eingeborenen Sprache zum Vortrag gebracht und manche Parallele zu Unglauben und Neuen aller Uebersetzung im Guggenbühl gezogen. Auf die noch folgenden Vorträge sei auch von dieser Stelle aus noch hingewiesen.

Wenn die Aehren reifen.

(V. Ludwig von Courme von Winterfeld-Pöchl.

Stiebendes Kapitel.

Das geistreiche, einfache Herrenhaus zu Gurtnitz war wohl schon an die hundertjährige Jahre alt und ganz im Stile jener schwerfälligen Zeit erbaut. Die Herren von Daldom, in deren Besitz es seit Urzeiten gewesen waren seit Generationen mehr Gelehrte als Landwirte. Als Ulrichs Schwager, Wolf Daldom, ihre Schwester heimführte, hatte man in der Verwandtschaft leise den Kopf geschüttelt über den kleinen, hübschen Schwarmann, der mit großen verträumten Augen in die Welt sah und über Sophokles und Euripides besser orientiert war, als über die jeweiligen Schweinepreise und den Stand seiner Saaten. Er hatte sich in Gurtnitz eine beschützte und wertvolle Nische angelegt, in der er die tief in die Nacht hinein arbeitete und las. Hier lag er auch die letzten Monate seines Lebens friedlich in den Armen seiner Frau, die er nun nicht mit Hindernissen konnte in die Welt setzen. Stiebolden waren dann keine mageren, schwindeligen Hände über die Windböden geworfen und hatten tastend nach den Dingen gesucht, die fast in jedem Bande stecken. Und draußen in der Küche oder auf dem Felde hatte mit dem Inspector mittlerweile keine nie ruhende, immer festliche Frau geschäft, gepostet und gerächelt. Wie fest der Hand hatte sie die Erziehung der Kinder geleitet, denn ihr Mann verstand davon nichts. Es war wohl auch wahr, daß Daldom wenig von Kindern verstand, wenigstens nicht, wie mit ihnen umzugehen und sich selbst fertig zu machen war. Er verstand sich höchstens in Erbschaften darüber, warum sein Vetter so viele Augen hatte und so ganz keine eigenen Augen Wegs ging, oder

warum sie denselben sonnigen Uebermut und dieselben Kränken in den Wangen zeigte, wie seine unermüdlich tätige sachende Frau. Bis dann der kleine Knopf geboren wurde, wo die Mutter zu kränken begann und sich nicht wieder erholen konnte. Sie litt selber so unendlich darunter und wollte es doch niemand zeigen. Sie mußte ihre Kinder fremden Händen überlassen, hörte ihren Mann Tag und Nacht husten und sah ihn vor ihren Augen dahinschwimmen, bis sie ihn neben Hans Kasper bräuen auf dem Alt-Gurtnitzer Friedhof begrub. Noch einmal wollte sie ihre ganze alte Kraft zusammenraffen, denn sie war nötig adavall. Aber es ging nicht mehr. Sie hatte ihrem Körper zu viel zugemutet. Nun mußte sie fort. Sie mußte sich setzen anderen Rat, als ihre Schwester kommen zu lassen. Und hatte doch das unbestimmte Gefühl, daß Ulricha recht wenig nach Gurtnitz und zu ihren Kindern überhaupte dachte. Aber sie dachte an das Wort, daß, wenn Gott ein Amt gibt, dem verleiht er auch die nötige Weisheit — und so sollte sie das denken. Jedweln Kuller war ihr nie sehr sympathisch gewesen, sie hätte lieber etwas Jüngeres, Fröhlicheres für ihre Kinder gehabt, — aber sie war nun einmal schon lange da und war zu verlässlich.

Und dann war da ja noch Pastor Kirken und seine Frau, die ab und zu einmal einsehen wollten. Pastor Kirken hatte sie gefragt und alle ihre Kinder getauft, er war ihr immer wie ein Vater gewesen, zu ihm war sie glücklich in ihrem großen Herzleid am den kranken Mann. Und in dem kleinen esumspannenen Pfarrhaus zu Alt-Gurtnitz hatte sie einen Trost und Ruhe gefunden. Es war, als ob in diesem alten Waldhause aus der Hölle der Friede sein könnte, wenn aufgeschlagen hätte. Im Pfarrgarten hinter der großen Steinmauer blühte und duftete ein Wunderland. Blühende, goldschwarze Blütenstrahlen wucherten hin-

über über die Steinmauer zur staubigen Dorfstraße, winkende Finger, die hineinlockten in das Reich der Friedens. Als treue Kameradin hatte der Pastors Frau seit dreißig Jahren unermüdlich an der Seite ihres Mannes in der Gemeinde gewirkt. Etwas unendlich Sonniges ging von dieser kleinen, immer erlitten, singenden Frau aus, ihr Heim war ihre Welt. Nach anderem fragte sie nicht. Und den Vers, den man ihr einst als junge Frau in ihr samtgebundenes Stammbuch geschrieben, hatte die kleine Frau Pastor Kirken immer und stets zu beherzigen gewußt. Der Vers aber lautete so:

Dem Licht das erste Schöpfungswort,
Dem Weib das letzte galt!
Dum Weibes auch die Frau hinaus
Dem Mann stets Nächste halt.
Dum wahr: sie die heilige Blut
Des Herdes unan-
Und leuchte rein und hochgemut
Zum Licht des Umlicht.
Da, mit der Schöpfung Schlußwort
Erläute immerdar
Sich auch der Schöpfung Anfangswort
An jedem neuen Haas.
Kroft hüfte auch der Wolken Nacht,
Der Himmel strahlt doch blau,
Dem Liebesvoll ins Auge lacht
Als Sonnenchein die Frau!

Pastor Kirken hatten einen Sohn, einen einzigen nur. Er wurde ihnen erst nach mehrjähriger Ehe geschenkt, und sie nahmen ihn beide voll Dank und Jubel auf in ihr sonnenschimmerndes, blühendes Haus. Wie eine richtige Gottesgabe erschien es ihnen, und sie nannten ihn Theodor.

(Schluß folgt.)

